Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.: durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich zweimal; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Festtage folgen, in zwei Teilausgaben abends und morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Elegante Herren-Anzüge von 20 bis 65 Mark
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 7.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Festtags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die 1spaltige Garmondzeile 25 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 20 Pfg., Anzeigen auf der Privatseite 30 Pfg., die 2spaltige Zeile aus Textseite 60 Pfg. Anzeigen nach Sonn- und Festtagen 1- bis 2spaltige Grundzeile 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Georg Zimmermann Dresden-A. Pirnaische Str. 17 empfiehlt zu soliden Preisen
Brillen, Klemmer auf pp Gläsern. Gestelle werden sorgfältigst angepasst.
Operngläser, Reisszeuge, Thermometer.

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Reisigerstrasse 41 (Ling. Striesenerstr.), in Löbtau: Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Arthur Schmidt, Drogengeschäft
Reisewitzerstr. 31 Dresden-Löbtau Reisewitzerstr. 31.
Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten."

Feine Lederwaren und Reise-Artikel grösste Auswahl vom einfachsten bis feinsten Genre in nur erstklassigen Fabrikaten
Robert Kunze, Altmarkt Rathaus
Spezial-Geschäft für Reise-Artikel — Herren-Modewaren — Lederwaren

Nr. 29. Spiegel: Sozialdemokratie in Frankreich. Heimnachrichten, Eheschließungen, Handelskammersitzung, Kunstverein, Fürst Stolberg Stolberg †, Gerichtsverhandlungen, Dresdner Musikschule. | Mutmaßl. Witterung: **Mild, veränderlich.** | **Donnerstag, 29. Januar 1903.**

Jean Jaurès.

In Frankreich machen die Sozialdemokraten Karriere. Millerand hat es bis zum Handelsminister gebracht und als solcher bald drei Jahre lang in der inneren Politik der Republik eine hervorragende Rolle gespielt. Sein Genosse Jean Jaurès ist vor kurzem Vizepräsident der Deputiertenkammer geworden. Dank dieser bei Sozialdemokraten doch noch immerhin außergewöhnlichen Karriere als Regierungsrepublikaner sind diese beiden Vertreter der roten Internationale auch diesseits der Vogesen zu einer gewissen Anerkennung und Würdigung gelangt. Ein Urteil, das Millerand von seinem sozialistischen Standpunkte gesprochen hat, ist durch eine zustimmende Bemerkung Kaiser Wilhelms II. ausgezeichnet worden. In der letzten Donnerstag-Sitzung des Reichstags hat der Reichskanzler einen Bericht des deutschen Botschafters in Paris, Fürsten Radolin, über eine Unterredung mit dem früheren französischen Handelsminister verlesen. Im Laufe dieser Unterredung hatte Millerand gesagt, die Bourgeoisie sträube sich gegen die Hebung der Arbeiterklasse. Hierzu hat der Kaiser nach des Kanzlers Mitteilung am Rande des Berichts bemerkt: „Richtig, wie überall!" Und in derselben Rede, in der er diese verblüffende kaiserliche Randbemerkung publizierte und Millerand dessen „Genossen" in Deutschland als Vorbild wünschte, hat Graf Bülow auch Jean Jaurès erwähnt als „bekannten Politiker und großen Redner". Man kann nicht umhin, diese Randbemerkung und diese Worte eines deutschen Reichskanzlers als historische Vorgänge zu verzeichnen, und man wird sich an sie erinnern müssen, wenn man sich später einmal die fortschreitende Entwickelung der Sozialdemokratie und Wandlungen in den Grundlagen unseres heutigen staatlichen Lebens wird erklären wollen. — — — —

Nachdem der revolutionäre Sozialismus in Frankreich regierungsfähig geworden ist, kann die Tatsache an sich, daß dort ein Sozialdemokrat in der Volksvertretung eine Präsidentenwürde erlangt, nicht mehr sonderlich überraschen. Jaurès ist indes ein Genosse von besonders auffälliger Beschaffenheit: er ist ein Apostel der Friedensidee, ein Antichauvinist, der mit lebhaftem Eifer die Revancheidee bekämpft hat. Im letzten Sommer hat er in der Kammer unter Stürmen der Entrüstung das alte Wiedervergeltungs-Vermächtnis Gambettas verworfen, dessen Revancheformel, man müsse immer an eine gewisse Frage denken, ohne von ihr zu sprechen, verleugnet, sich offen zum Verzicht auf den Rachegedanken und bedingungslos zum Frankfurter Frieden bekannt. Bald darauf trieb er in einem Schreiben an die italienischen Sozialdemokraten den Treibund als notwendiges Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens und als unentbehrliches Gegengewicht gegen den französischen Chauvinismus. In der sozialdemokratischen Pariser Presse ferner hat er für dergleichen Friedensgedanken in unzähligen Artikeln Propaganda zu machen gesucht. Eine solche Vergangenheit Jaurès' hat seiner Wahl zum Vizepräsidenten der Kammer ihren eigentümlichen Charakter gegeben, und es konnte fast scheinen, als sei diese Wahl ein ganz untrügliches Zeichen, daß in Frankreich die Revancheidee endgültig überwunden ist und nunmehr dort die friedlichen Auffassungen eines Jean Jaurès feste Wurzeln geschlagen haben. Daß ein Parlamentarier von so ausgesprochen antichauvinistischer Tendenz, der rückhaltlos den Verzicht auf die teuerste nationalste Idee gepredigt hat, zu einem der höchsten Ehrenämter, welche die Republik zu vergeben hat, erhoben werden konnte, das muß zweifellos als ein beachtenswertes Symptom bewertet werden. Wohl darf man daraus mit Sicherheit schließen, daß heute in der französischen Nation der Wiedervergeltungsgedanke nicht mehr ganz die elementare Stärke besitzt, wie zu Boulangers Zeiten oder noch vor 12 Jahren, als die Kaiserin Friedrich persönlich in Paris die dortigen Künstler zur Beschickung der internationalen Kunstausstellung in der deutschen Reichshauptstadt zu bewegen suchte. Der Protest der Revanchepolitiker hatte damals die Kraft, daß die französischen Künstler, selbst diejenigen, die bereits zugesagt hatten, durchweg die Teilnahme verweigerten. So empfindlich und empfänglich für chauvinistische Reaktionen brauchen jedenfalls heute die Vertreter der französischen Kunst nicht mehr zu sein, wie verschiedene Vorgänge der letzten Jahre bekunden.

Gleichwohl gibt es doch verschiedene Momente, die verhüten sollten, daß die politische Tragweite der Wahl eines Jean Jaurès zum Vizepräsidenten der Kammer und des grandiosen Erfolges überschätzt wird, den er in diesen Tagen mit einer Parlamentsrede über die Revancheidee erzielt hat. Jene Wahl gehört keineswegs auf das Konto seiner entschiedenen Gegnerschaft zum nationalen Wiedervergeltungsgedanken, sondern sie verdankt sie seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Regierungspartei. Diese hatte diesmal einen Kandidaten für den Posten des vierten Vizepräsidenten vorzuschlagen, und es war gleichsam eine unumgängliche Pflicht des sogenannten „Blocks" der vereinigten Regierungsrepublikaner, unbesehen den ihnen präsentierten Kandidaten zu akzeptieren und zu wählen. Beinahe wäre das aber nicht gelungen. Nur mit zwei Stimmen über die absolute Mehrheit vermochte Jaurès zu siegen. Mit seinem ehemaligen Genossen Sabor könnte man sagen: Das läßt tief blicken! Viele Regierungsrepublikaner haben sich nur aus Rücksicht auf die Disziplin, die die Wahl Jaurès als offiziellen Kandidaten des „Blocks" forderte, bestimmen lassen, für diesen zu stimmen. Hinterher haben sie in den Wandelgängen der Kammer ihr Gewissen durch die Erklärung erleichtert, sie hätten sich nur mit Widerwillen und Trauer dieser Disziplin gefügt. Dagegen haben offenbar andere Mitglieder des „Blocks" ihre Abneigung gegen den „Vaterlandsverräter", als den die Nationalisten Jaurès zu brandmarken suchen, nicht zu überwinden vermocht und für dessen Gegenkandidaten votiert. Von den 590 Angehörigen der Regierungsmehrheit traten nur 298 für Jaurès ein; eine ganz stattliche Anzahl hat also versagt, und zwar nur, um gegen die internationale Politik des Kandidaten zu protestieren.

Jaurès hat seine Vizepräsidentschaft durch eine große Rede eingeleitet, die einen Kommentar zu seiner Auffassung der Fragen der internationalen Politik bieten soll. Es läßt sich nicht verkennen, daß dieser Kommentar eine opportunistische Färbung zeigt; er enthält Einschränkungen gegenüber der rückhaltlosen Art, wie der sozialdemokratische Führer im verflossenen Sommer die Revancheidee verworfen und den Dreibund gerühmt hat, und selbst sogar Konzessionen an den nationalen Patriotismus. Direkt widerrufen hat Jaurès freilich keinen einzigen seiner früheren Sätze, aber statt den Dreibund als eine politische Notwendigkeit zu preisen, behauptet er jetzt, daß dieser eine „beinahe unerträgliche Lage" in Folge seiner „herausfordernden Haltung" geschaffen habe, und singt ein Loblied auf den Zweibund, gegen den er noch vor wenigen Monaten als gegen ein Bündnis mit einem Despoten gewettert hat. Nicht wie ehedem wird der Chauvinismus ausdrücklich verdammt, sondern ganz in dessen Tonart klagt Jaurès über das „Unrecht", den „Rechtsbruch" von 1870. Als er im letzten Juni in der Kammer von dem „Verzicht" auf Elsaß-Lothringen sprach, mußte er revozieren, weil der Präsident das nicht dulden wollte; diesmal erzählte er von der „Gewalttat", durch die Frankreich „nicht nur in seiner Größe, sondern in seinem Rechte verletzt" wurde, und redete von der „notwendigen Wiederherstellung des Rechts". Auf dem Wege des Krieges soll das zwar nicht geschehen. Jaurès hat vielmehr die Hoffnung ausgesprochen, daß der Krieg von 1870 der letzte zwischen Frankreich und Deutschland bleiben werde. Aber man darf doch nicht vergessen, daß der sozialdemokratische Vizepräsident eine sehr starke Veranlagung zum Opportunismus hat, daß er sich zu „häuten" versteht, wie er es während seiner politisch-parlamentarischen Laufbahn schon bewiesen hat. Falls sich einmal für Frankreich eine günstige Gelegenheit bieten sollte, die Revancheidee zu verwirklichen, dann wird diese dort mit solcher Allgewalt emporlodern, daß ihm der Opportunismus Jaurès' Rechnung tragen muß. Sein stärkstes Motiv ist offenbar die Eitelkeit, die er auf rhetorischem Wege zu befriedigen sucht. Wenn Jaurès einsehen würde, daß er den größten oratorischen Triumph seines Lebens dadurch feiern kann, daß er sich in den Dienst der kriegerischen Wiedervergeltung stellt, so würde er wohl schwerlich zögern. Ursprünglich gehörte Jaurès im Parlament zum linken Zentrum: er bekannte sich zum gemäßigten Liberalismus mit schutzzöllnerischen Neigungen. Aber mit solchen Ueberzeugungen blieb sein Ehrgeiz ungestillt. Er wurde revolutionärer Sozialist. Als er gefragt wurde, weshalb er seiner Partei den Rücken gekehrt habe, erwiderte er: „Ihr wißt ja nicht einmal zu applaudieren!"

Die Sozialdemokraten verstehen besser zu applaudieren, die Eitelkeit eines Gelehrten vom Schlage Jaurès' reichlicher und länger zu sättigen, als alle anderen Parteien. Vor der Hand hält Jaurès daran fest, daß Elsaß-Lothringen nur auf friedlichem Wege den Franzosen wiedergewonnen werden soll. Aber diese Friedenstheorie ist wandelbar wie ihr Apostel selber und wie das französische Volk, und man soll nicht übersehen, daß Jaurès' Gegner, die Republikaner Ribot und Deschanel, noch soeben unter lebhaftester Zustimmung eines großen Teils der Deputierten den Verzicht auf Gambettas Parole „Stets daran denken, nie davon sprechen!" als eine Verletzung der zartesten und heiligsten Fasern des Patriotismus bezeichnet haben.

Neueste Drahtmeldungen vom 28. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 1.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Etats der Landwirtschaftsverwaltung bei Titel „Ministergehalt" fort. Die Debatte trug einen allgemeinen Charakter und hatte die Lage der Landwirtschaft und den neuen Zolltarif zum Gegenstande. — Abgg. Graf Praschma (Zentr.), Glatzel (natl.-lib.), Gordeler und v. Kardorff (freikons.) rechtfertigen das Verhalten der Reichstagsmehrheit gegenüber dem Zolltarife, welcher der Landwirtschaft wesentliche Vorteile bringe, die nicht von der Hand gewiesen werden dürften. Während sie die Hoffnung auf Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen bei Abschluß der neuen Handelsverträge äußerten, erklärte Abg. Freiherr v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, auf kein Wohlwollen der Regierung gegenüber der Landwirtschaft rechnen zu können und kündigte an, seine Freunde würden den Kampf gegen die Handelsverträge fortsetzen. — Landwirtschaftsminister v. Podbielski, der sich im übrigen über die Ergebnisse seiner Informationsreise nach dem Osten äußerte, bedauerte, daß heute wieder versucht worden sei, Mißtrauen gegen die Regierung zu säen und ihr Wohlwollen gegenüber der Landwirtschaft in Zweifel zu ziehen. — Abg. Krüger-Bromberg (freis. Volksp.), Pohl und Gothein (freis. Vereinig.) erwarten von Zolltarif und Subventionen keinen Nutzen für die Hebung der Landwirtschaft und verlangen, daß nur das landwirtschaftliche Schulwesen mehr gerichtet. Der Entschuldungserlaß des Ministers fand bei den Rednern der Mehrheit Anerkennung. Erwähnt sei noch, daß der Minister der Besorgnis aussprach, der Erlaß eines Wassergesetzes werde sich bei den entgegenstehenden Schwierigkeiten noch auf Jahre hinaus verzögern. — Die Beratung wird morgen fortgesetzt, außerdem steht der Antrag der Zentrumsleute auf Aufhebung der sakultativen Konzessionierung auf der morgigen Tagesordnung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz erhielt das Großkreuz des braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen und das Großkreuz des bayrischen Ordens für Verdienste zur See. — Nach der „Nat.-Ztg." ist die Abschwächung des ehrengerichtlichen Urteils gegen Major v. Endell auf Vortrag des Landwirtschaftsministers v. Podbielski erfolgt.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Erbauer des eingestürzten Neubaues, Architekt Mohr, ist auf Veranlassung des Staatsanwalts verhaftet worden. Mohr war zuletzt im Stadtbauamt tätig.

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Arbeiter Arendt, der am ersten Weihnachtstage auf offener Straße den Geldbriefträger Marienthal zu berauben versucht und verletzt hatte, ist vom Schwurgericht zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Köln. (Priv.-Tel.) In dem seit acht Tagen das Kölner Schwurgericht beschäftigenden großen Falschmünzer-Prozeß, in welchem etwa 150 Zeugen geladen waren, erhielt Gaipert, Kunstmaler der Düsseldorfer Akademie, wegen Anfertigung falscher Zwanzigmarkscheine 8 Jahr Zuchthaus, 10 Jahr Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Dieselbe Strafe traf den 60jährigen Treppenbauer Ferdinand Pickaart als Seele des Verbrechens; sein Sohn erhielt wegen Beihilfe 15 Monate Gefängnis und ein Viehhändler 3 Monate Gefängnis wegen Verausgabung der Falsifikate.

Wien. (Fortsetzung des Berichts über die Ausgleichsvorlage.) Das Uebereinkommen über die Rentensteuer wird dem Parlament in Form einer Beilage zum Motivenbericht vorgelegt. Nach dem Inhalt des Rentensteuer-Uebereinkommens werden die Zinsen der ungarischen Staatsschuldenverschreibungen, einschließlich der ungarischen und kroatischen Grundentlastungs-Obligationen, von der geplanten Rentensteuer befreit. Hingegen bleiben die Zinsen der ungarischen Pfandbriefe rentensteuerpflichtig. Die Staatsnoten-Einlösung ist bis auf den Betrag von etwa 5 Millionen Kronen durchgeführt, das zur Fundierung der Staatsnoten nötige Geld bei der Bank erlegt, die Zehnkronennoten und die Fünfkronenstücke sind im Verkehr, die Achtzigmillionenschuld ist bereits auf 39 Millionen herabgemindert. Die Beschlußfassung des Parlaments in diesen Materien wird daher bloß den Charakter der Indemnität haben. Die Vorlage enthält schließlich die sogenannte Loyalitätsklausel, wonach beide Regierungen sich verpflichten, alle getroffenen Abmachungen, sowie die Bestimmungen des Zoll- und Handelsbündnisses gewissenhaft und in vollster Gegenseitigkeit durchzuführen.

Wien. Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister unterbreitete den Gesetzentwurf betr. die Konvertierung der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld und erbittet vom Hause angesichts der Verstärkung des österreichischen Staatskredits im Zusammenhange mit der sinkenden Tendenz des Zinsfußes die Ermächtigung, jenen Teil der mit 4,2 Prozent verzinslichen Staatsschuld, an welchem die österreichischen Finanzen unmittelbar und materiell interessiert seien, einer zeitgemäßen Konvertierung unterziehen zu dürfen. Ueber jenen Teil der einheitlichen Staatsschuld, an dem Ungarn interessiert ist und bezüglich dessen in jener Richtung präjudizierliche Verhandlungen mit Ungarn schwebten, soll einstweilen nicht verfügt werden. Der zur unmittelbaren Konvertierung bestimmte Teil soll einen Maximalbetrag von 3620 Millionen Kronen umfassen.

Rom. Heute vormittag ist im Saale des Provinzialrates das Standbild Sonia Humberts in Gegenwart des Königs und der Königin, des Ministerpräsidenten und der Minister feierlich enthüllt worden.

Madrid. „Heraldo" meldet aus Melilla, daß Bugeja Juden seien aus Taza dort eingetroffen mit der Nachricht, daß die Rabylenstämme sich dem Prätendenten angeschlossen hätten. Man glaubt, daß eine große Schlacht unmittelbar bevorstehe. Einer Reuterdepesche aus Sidi-Abes zufolge wurde am 21. d. M. heftiges Geschützfeuer in der Nähe von Taza vernommen.

London. (Priv.-Tel.) Den „Times" wird aus Pretoria telegraphiert, daß Wolmarans und Fischer die Erlaubnis zur Rückkehr nach Südafrika erhalten haben. Nach einer Brüsseler Meldung des „Daily Telegraph" will auch der frühere Präsident Krüger die Erlaubnis zur Rückkehr nach Südafrika nachsuchen.

Washington. Die erste Besprechung zwischen den Vertretern Englands, Deutschlands und Italiens und den Vertretern Venezuelas fand gestern in der Wohnung Bowens statt. Es wurde dabei die Frage erörtert, ob die monatlichen Zahlungen an die Verbündeten der Höhe ihrer Forderung entsprechend verteilt werden, oder ob jeder die gleiche Summe monatlich erhalten solle bis zur vollständigen Zahlung der Entschädigungssumme. Bowen erwiderte, daß die Regelung dieser Frage den Verbündeten überlassen werde. Jede Vereinbarung, die sie in dieser Hinsicht treffen würden, werde Venezuela recht sein.

Caracas. Eine Bank in Paris, Rouen hat der venezolanischen Regierung die nötigen Fonds zur Zahlung der augenblicklichen Ansprüche angeboten. Französische Bankiers bieten gegen Zollgarantien alle nötigen Fonds zur Deckung dieser Ansprüche und zur Durchführung der Konversion der Staatsschuld. Mallet Prevost ist als Vertreter französischer Bankiers zu demselben Zwecke hier.

Tanger. Mulay Arafa, ein Onkel des Sultans, ist mit einer 1000 Mann starken Streitmacht in Tanger eingezogen. Die Lage ist durchaus ruhig.

Pfund's sterilisirte Kindermilch (keimfreie) Trockenfütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79

Frankfurt a. M. 29. Jan. Kredit. 223.10. Lombarden 23.40. Laurahütte 218.—. Ungar. Gold —.—. Portugiesen 32.10. Fest.

Paris, 28. Jan. (Schluß.) Rente 100.— Italiener 102,15. Spanier 86,25. Portugiesen 32,15. Türken 20,02½. Tschartered 134.50. Ottomanbank 693.— Suezaktien 760.— Lombarden —.—. Matt.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per Januar 22,55, per Mai-Juni 22.85. Roggen. Getreide per Januar 13.75, per Mai-Juni 13.75. Mehl per Januar 30.50, per Mai-August 31.50. Rüböl per Januar 67.50, per Mai-August 67.50. Spiritus per Januar 37.50, per Mai-August 37.50. Wetter: Bedeckt.